

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen



Nr. 1.	Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis: Mk. 1,- für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten.	Gotha, 4. Januar 1914. (Erscheinung Nr. 174.)	Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen- vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.	28. Jahrg.
--------	--	--	--	------------

Silvester.

Das Jahr verrinnt, es geht zu Ende,
Und während es zu Grabe fahrt,
Kings auf dem ganzen Erdenrund
Der letzte Abschiedsgruß erklingt.

Das letzte Lied zur Scheidefand,
Das von den Lippen leise fließt,
Es wird zum Hoffnungs-Hochgelänge
Der laut das neue Jahr begrüßt.

Es ist das Lied von bester Zeit,
Das ewig durch die Läng' geht,
Es klingt in jedem Herz und Ohr,
Das sich nach Glück und Weisheit ehnt.

Die Menschen kommen und vergehen,
Das Leben ist ein Augenblick;
Wir sehen Haß und Liebe schwinden,
Doch nicht die Hoffnung nach dem Glück.

Der Hoffungsraum wird schon dem Kinde,
In's zarte Herz hineingelegt,
Es lebt in uns, bis man am Ende
Den müden Tod zu Grabe trägt.

Auch heute steht das Traumbild wieder
Vor unsem Geiste heil und klar,
Und mit der Hoffnung in dem Herzen
Begrüßen wir des neue Jahr.

Wir wollen kühn, mit festem Blicke,
Der Zukunft in das Auge seh'n,
Denn uns belebt stets ein Gedanke:
Das Wissen, daß wir vorwärts geh'n.

Wir wollen, daß die Zahl der Streiter
Mit jedem Tage größer wird,
Und daß die Bahn, auf der wir gehen,
Uns endlich doch zum Siege führt.

Die alten Vorurteile stürzen,
Wenn wir geeint zusammenkeh'n,
Und wo Gewalt und Willkür thronen,
Dort werden Freiheitsbanner weh'n.

Es ist uns müht wäher wäher
Sum lak Menichen Wählergeh'n,
Be aller d, daß wir an der Wiege
Dedenkenzigigen Jahrhunderts steh'n.

Das Ziel liegt nah, der Weg ist offen,
Nur vorwärts, Brüder, in den Streit.
Ruff laut hinaus in alle Winde:
Wir kämpfen für Gerechtigkeit!

Seinrich Bartel

Zum Jahreswechsel.

Ein ereignisreiches und trübes Jahr liegt hinter uns. Mit einem Kriege hat es angefangen, ein zweiter bildete die Fortsetzung, und zum Schluß steht es im Zeichen einer schweren Wirtschaftskrise, deren voraussichtliche weitere Verschärfung die bedenklichste Verschlechterung der Verhältnisse befürchten läßt. In den beiden Kriegsjahren sind es, wie wir erinnern, um die beiden Balkan-Kriege, den zweiten und den dritten, die sich dem ersten anschlossen, der im Oktober 1912 begonnen hatte und zum Zeit des Jahreswechsels von 1912/13 durch einen Waffenstillstand unterbrochen war. Wir brauchen an die entsetzlichen Greuelthaten und den länderverwüstenden wie menschenmordenden Verlauf der drei Balkankriege, deren letzter von Christen gegen Christen, die alle zu dem gleichen Gotte beten, geführt wurde, nur zu erinnern und können auf eine neuerliche Schilderung derselben verzichten. Es mag nur festgehalten sein, wie da abermals die Bestie im Menschen alle Kultur zerstörte und hinter sich ließ und den Krieg als schamlose und abscheuliche Barbarei der Menschheit vorführte. Wie fruchtlos erscheint im Lichte dieser Thaten die stehende Redensart vom „frischen, fröhlichen Krieg“, die die Menschheit mit vollem Bewußtsein mißbraucht und die anderen gedankenlos nachplappert. Und wie unerantwortlich verderblich und kulturwidrig verrohend erscheint die hurrapatriotische Kriegsspielerei der bürgerlichen Jugend, die die herrschenden Klassen plammäßig und gleichwohl organisiert und betreiben, und zu der sie auch die proletarische Jugend verleiten wollen. Die Verleitung dieser hurrapatriotischen Verführung unserer Jugend erscheint als eine große Kulturkatastrophe, als eine Keimung und Sicherung weiterer jüdischer und kultureller Entwicklung.

Es ist ein weiteres Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß in dem von den drei Balkankriegen am schwersten heimgegriffenen Bulgarien nach der Fertigstellung der Arbeiterbewegung durch die Betätigung der organisierten Arbeiter auf den blutigen Schlachtfeldern ein großer Teil des Volkes hilfesuchend sich an die Sozialdemokratie wendet und bei den jüngsten Parlamentswahlen 27 Sozialdemokraten als Abgeordnete wählt, dagegen die Partei der russischen Werte geradezu vernichtet. Der Schlag geht auch dem König Ferdinand, der eine schmätzhafte, hinterlistige und verräterische Rolle in diesen Balkankriegen, namentlich im dritten, spielte, und der sich als blutbesudelter Partisan würdig an die Seite des Herrergarrens, jetztes monarchischen Vorbildes, stellen kann.

Die Balkankriege haben nicht nur für die unmittelbar davon betroffenen Länder des Balkans die verheerendsten Wirkungen gehabt, sondern auch für das übrige Europa.

Für das völkische Deutschland waren sie die direkte Veranlassung zu einer ungeheuerlichen und beispiellosen Heeresvermehrung um 136000 Mann und einem finanziellen Mehraufwand von 1800 Millionen Mark. Frankreich kehrte wieder zu der traditionellen herkömmlichen Dienstzeit zurück und muß einen finanziellen Mehraufwand von 1800 Millionen Franken aufbringen. Österreich und Rußland machen das neue Aufwandsstück ebenfalls mit, und auch andere Staaten sind mit ihrer Sicherheit in empfindliche Mitleidschaft gezogen.

Statt der vom arbeitenden Volke aller Länder so heiß ersehnten Abrüstung, die Mittel für Kulturaufgaben und für empfindliche Sozialreformen flüssig machen sollte, ein neuer maßloser Aufschwung der Rüstungen, eine bedrohliche und bedrückende Verstärkung des gesamten Militarismus!

Und das trotz der sensationellen Enthüllungen über die verheerend verheerenden Vertriebe der Rüstungsindustriellen, die ihres erbärmlichen Profitgierens willen beständig Kriegstreibern anzeihen, um den Militarismus zu fördern und sich immer wieder neue, geminnreiche Millionenaufträge zu sichern. Die Enthüllungen unseres Genossen Dr. Winkler über die landesverräterischen und schmierigen Praktiken der Firma Krupp, die, wenn sie in irgendeiner ähnlichen Form Sozialdemokraten nachgewiesen werden könnten, zu einer sensationellen Hege gegen sie, und zu einem absetzenden Beschrei nach Ausnahmegesetzen seitens aller Gegner führen würden, haben einen Weggrund von kapitalistischer Immoralität gezeigt, ein Panama, das trotz der eifrigen Beschuldigung durch die Regierung und die gesamte herrschende Klasse nicht mehr aus der Welt beschwichtigt und abgewiegt werden kann. Ein Reingewinn von 43.13 (1911/12: 33.75) Millionen Mark, den die Firma Krupp machte, ist je bedeutungsvoll und impotent, so wichtig und glänzend, daß darüber das ganze Panama verschwindet. Weit sinkt nicht!

Ein Völkisch- und Hoffnungsstrahl des verflochtenen Jahres war die zu Pfingsten in Bern stattgefundene deutsch-französische Verständigungskonferenz, die einen verheißungsvollen Neuaufbruch nahm und nach große geschichtliche Bedeutung erlangen kann. Gegen Ende des Jahres wurden in Deutschland und Frankreich die parlamentarischen Komitees bestellt, in denen außer der sozialdemokratischen auch bürgerliche Parteien mitmachen, und in denen man eine Garantie dafür erbitten möchte, daß die deutsch-französische Verständigungskonferenz zu einer dauernden Einrichtung mit erfolgreicher Wirksamkeit sich entwickeln wird.

Weiter ist der hervorragende Vertreter des internationalen Völkerverbundes und der Völkerverbrüderung, unser Genosse August Bebel, gestorben, der der Berner

Konferenz noch beimohnte, dem es das Schicksal aber nicht gönnte, an dem begonnenen Friedenswerke weiter mitzuarbeiten. Möge es trotzdem gelingen und zum Ziele gelangen!

Zum Schluß des Jahres hat die stehende Kaberner Affäre nach die Gemüter aufs tiefste aufgewühlt und erregt und auch die Besonnenheit und Ruhe der Franzosen auf eine ernste Probe gestellt. Es ist ein höchst ungesund und unhaltbarer Zustand, wenn ein künzlinger Deutscher Verfassung und Gesetz des großen deutschen Reiches mit seinem Säbel zerhacken und sich darüber hinwegsetzen, die Säbelstatur einbüßern und durch Beschimpfung einer fremden Hohe einen internationalen Konflikt provozieren kann. Die Haltung der Regierung dazu offenbart den beschränktesten Untertanenerwerb am Reichsrunder, und nur der Reichstag konnte die gefährliche Situation durch seine in harmlose Form gestellte Rundgebung retten, die eine Tat von geschichtlicher Bedeutung war und unerreichbar hoch über der Regierung mit dem künftigen Reichstanzler steht. Schade nur, daß die bürgerlichen Parteien, nachdem sie einmal El gefagt hatten, nicht auch B legten und einen Schritt weiter machten, um endlich dem politischen Elend ein Ende zu machen und freisittliche Zustände zu schaffen.

Dagegen heißt diese Regierung noch die Fähigkeit und den nötigen besten Willen, dem berechneten Reichshaus gefordert der verkommensten Arbeiterfeinde entgegenzutreten und die Arbeiter zu entziehen. Stimmliche energische Abwehr auf der ganzen Linie tut bringen und, um das Attentat der kapitalistisch-jüdischen Barbaren auf die Kulturbewegung der Arbeiter zu vereiteln!

Zur Einführung der so notwendigen Reichs-Arbeitslosenversicherung fehlt derselben Regierung der gute Wille; auch da ist sie die Gefangene der kapitalistischen Arbeiterfeinde und handelt, wie diese kommandieren.

So ist die Sozialpolitik in der Tat zum Stillstand gekommen, nachdem mit der Reichsversicherungsordnung durch den Raub der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen die Sozialpolitik nach den Forderungen der reaktionären Arbeiterfeinde rückwärts reobiert wurde.

Die Wirtschaftskrise hat mit aller Schärfe eingeseht und wird die Zahl der Beschäftigungslosen in Deutschland auf eine halbe Million geschätzt, welche unermessliche Summe von Not und Elend, Darben und Entbehrung, Sorge und Kummer, Krankheit und Untergang enthält diese Riesenzahl! Leiden doch mit den Arbeitslosen auch ihre Angehörigen. Frauen und Kinder, und das alles inmitten einer Welt des Überflusses, des noch nie dagewesenen unermesslichen Reichtums von ungezählten Hunderten von Milliarden und in einem Jahre glänzender landwirtschaftlicher Ernte!

... ist nun die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter, die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge, von der allergrößten Bedeutung, die, wenn sie noch nicht vorhanden wäre, schleunigst geschaffen werden müßte.

In der Krise gewinnt die Erhaltung des Errungenen eine größere Bedeutung als die Entkämpfung neuer Fortschritte. Jene sind von dem Massenandrang der hungrigen Arbeitslosenarmee gefährdet, diese wesentlich erleichtert. Und in solchen Verhältnissen kommt unsere Arbeitslosenunterstützung zu weittragender gewerkschaftlicher Geltung.

Der Rückblick auf das verlassene Jahr ist trüb und unerfreulich, der Ausblick auf das neue Jahr unsicher und beunruhigend. Was birgt es in seinem dunklen Schoß? Weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise mit zunehmender Arbeitslosigkeit? Politische Reaktion mit Zuchtstrafgesetzen und Zuchtstrafanstalten? Große wirtschaftliche Kämpfe der Unternehmer zur Vernichtung der Gewerkschaften? Neue wucherzillnerische Aktionen, neue Raubzüge auf die Taschen der Konsumenten? Reichstagsauflösung, um der Reaktion einen Sieg zu ermöglichen?

Diese und noch viele andere Fragen drängen sich auf, die ebenso viele Gefahren für das arbeitende Volk bedeuten. Darum muß es sich für alle Möglichkeiten rüsten, muß es seine Organisationen verstärken, seine Agitations- und Organisationsarbeit vervielfachen.

Für uns handelt es sich zunächst um die weitere Erhaltung unseres Verbandes, und darum verbinden wir mit dem Wunsch eines glücklichen neuen Jahres für unsere Mitglieder noch den weiteren Wunsch für einen neuen Aufschwung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Auch im neuen Jahre muß die Parole gelten:

Vorwärts immer,
Rückwärts nimmer!

Christlich-nationaler Arbeiterkongress.

Die christlich-nationalen Sonderverbände und Gewerkschaftszersplitterer hielten in Berlin unter der Leitung des Dritten Deutschen Arbeiterkongress' ihre alle paar Jahre stattfindende Zusammenkunft ab. Es ist eine starke Ueberhebung und Annäherung dieser christlich-nationalen Gesellschaft, ihre Zusammenkunft „Deutscher Arbeiterkongress“ zu nennen, während sie nur einen Bruchteil der deutschen Arbeiterschaft ausmachen und deutsche Arbeiterkongresse schon im Jahre 1848 stattfanden. Mit viel mehr Kraft könnten die sozialdemokratischen Arbeiter einen „Deutschen Arbeiterkongress“ veranstalten, denn ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zählen zusammen gegen 4 Millionen Mitglieder und mit ihren 4 1/2 Millionen Reichstagsstimmen umfassen sie die Mehrzahl der stimmberechtigten deutschen Arbeiter. Mit ihrer Annäherung zum Deutschen Arbeiterkongress lassen die paar hunderttausend christlich-nationalen Arbeiter die anderen Millionen Deutschen Arbeiter als Hottentotten oder Chinesen erscheinen, treiben also bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung und geradezu strafbaren unläuteren Wettbewerb.

Auch mit ihrem „Arbeiterkongress“ hat es eine eigene Bewandnis. Von den angeblich in Berlin vertreten gewesenen 1 1/2 Millionen „Arbeitern“ entfallen 355 000 auf die Heißhühner, d. h. ultramontanen, Gewerkschaften und 450 000 auf die katolischen Arbeitervereine. Zwei Drittel der am Deutschen Arbeiterkongress Vertretenen sind Gefolgsmannschaften des Zentrums. Im übrigen zählen sich noch zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung die evangelischen Arbeitervereine mit 150 000 Mitgliedern, der antikirchlichen Handlungsgewerkschaften mit 140 000, das Reichsamt der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verwaltungen mit 120 000, das Nationale Kartell der deutschen Geschäftsausgestellten mit 88 000, der Verband des Bayerischen Post- und Telegraphenpersonals mit 14 000, der Verband württembergischer Eisenbahnunterbeamten mit 7000 und noch eine Reihe kleiner Organisationen unterschiedlicher Art mit zusammen 10 000 Mitgliedern. Eine reichlich gemischte Gesellschaft nach der politischen wie nach der Seite der Arbeiterinteressen hin. (Wie viele Gewerbetreibende, Geschäftsmänner, Beamte usw. mögen da mitvertreten gewesen sein, namentlich soweit die katholischen und evangelischen Arbeitervereine in Betracht kommen und wie viele hunderttausende mögen da doppelt organisiert (z. B. in den genannten Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften) gezählt sein?)

Inhaltsverzeichnis.

Schlusssatz. — Zum Jahreswechsel. — Christlich-nationaler Arbeiterkongress. — Lohnbewegungen und Streiks. — Wettbewerbverhältnisse eines Schuhfabrikarbeiters. — Die deutschen Gewerkschaften als eine Fingermacht. — Ein Arbeiterleiter gegen den „Arbeitswilligenschuß“. — Arbeitslos. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Rundschau. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Schuhmacher Deutschlands. — Verhütung. — Versammlungs-Kalender. — Literarisches.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Beachtung! Unsere Kollegen erziehen sie langsam, bevor sie nach ausswärts in einer anderen Tätigkeit Arbeit annehmen, sich erst bei dem Bevollmächtigten der betreffenden Fabrik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse näher erkundigen.

Wird dieser Mahnung allseitig entsprochen, dann werden gar viele Kollegen vor Entlassungen und oft schwereren Beschaffen bewahrt bleiben.

Ein Stück Unwahrscheinlichkeit war auch die Eröffnungsrede des Vorsitzenden des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften, des Herrn Behrens. Er meinte nämlich, ein wesentlicher Teil der von den beiden früheren „Deutschen Arbeiterkongressen“ (1901 in Frankfurt a. M. und 1907 in Mainz) erhobenen Forderungen sei erfüllt oder der Erfüllung nahe. Wie verhält es sich nun damit? Die wesentlichen Forderungen des ersten Deutschen Arbeiterkongresses betrafen die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, das einseitliche und freihändlerische Vereins- und Verbandsrecht, die Arbeitsstammern und die Rechtssicherheit der Berufsvereine. Die zweite Tagung des Kongresses forderte ein Reichsberggesetz, den Arbeiterschutz in der Schwerindustrie, die Koalitionsfreiheit der Grunderwerber, die Gleichberechtigung der Landarbeiter bezüglich der sozialen Gesetzgebung und des Koalitionsrechtes. Was ist von diesen Forderungen durchgeführt? Nur das Reichsberggesetz, und dieses erfüllte die Forderung der „Rechtssicherheit“ in so hohem Maße, daß die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter im Reichstage dagegen stimmten. Mit Ausnahme allerdings des Herrn Behrens, der seine Anspruchslosigkeit bezüglich dessen, was den Arbeiter zukommt, auch bei dieser Gelegenheit betonte. Dieser Meister der Grobpropaganda weiß nicht einmal, daß von christlich-nationalen Arbeiter im Reichstage die Forderung der Koalitionsfreiheit bezüglich dessen, was den Arbeiter zukommt, auch bei dieser Gelegenheit betonte. Dieser Meister der Grobpropaganda weiß nicht einmal, daß von christlich-nationalen Arbeiter im Reichstage die Forderung der Koalitionsfreiheit bezüglich dessen, was den Arbeiter zukommt, auch bei dieser Gelegenheit betonte.

„Von den Forderungen des Frankfurter Kongresses, die durchweg das sozialpolitische Gebiet betreffen, ist bis jetzt keine einzige auch nur teilweise erfüllt, wie überhaupt die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine in den letzten Jahren ähnerl wenig produktiv gearbeitet hat... Trotz der Audienz, die der Reichstagskanzler im Dezember 1903 einer Deputation des Frankfurter Kongresses gewährt hat, ist das praktische Ergebnis der Bemühungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft um eine Besserstellung ihres Standes, um Gleichberechtigung mit anderen Ständen als geradezu kläglich mager anzusehen.“

Als im Januar 1907 die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen niedergelassen war, jubelten die Christen im Chor mit den ärgsten Reaktionären und Arbeiterfeinden darüber und in der zur Schau getragenen freudigen Erwartung, daß nun die Bahn frei sei für den Ausbau der Sozialpolitik. Und was tustete dieser wunderwolle Reichstagskanzler? Nichts als die reaktionäre Reichsversicherungsordnung mit dem Neubau der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen. Von der Erfüllung der Forderungen der beiden „Deutschen Arbeiterkongresse“ war also keine Rede. Die Schwächung der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung hatte also nicht nur keine Vermehrung und Stärkung, sondern im Gegenteil eine Schwächung der Sozialpolitik, den Sieg der antisozialen Reaktion mit der Entredung der Arbeiter zur Folge.

Und die schlimmsten Vertreter dieser antisozialen Reaktion, wie z. B. der reaktionäre konservative Graf Cramere, der soeben im Reichstag die Arbeitslosenversicherung bekämpfte und dessen Fraktion im Reichstage den Initiativvortrag einbrachte:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostulaten verboten wird waren die Ehrengäste dieses sogenannten „Deutschen Arbeiterkongresses“. Von den bürgerlichen Parteien waren alle bis auf die Fortschrittler und die Polen vertreten.

Wenn Herr Behrens in seiner Eröffnungsrede es fertig brachte, zu verlangen, daß in dem neuen und schon berichtigten „Kartell der schaffenden (auszubehenden) Arbeit“ auch die Arbeiter vertreten sein müßten, so möchte man sich an den Kopf greifen und fragen, ob denn der Mann noch alle seine fünf Sinne beisammen hat oder ob er mit Bewußtsein die Arbeiter ihren ärgsten Feinden ausliefern möchte.

Schließlich wandte sich Herr Behrens gegen die Gelben und auch gegen den „Arbeitswilligenschuß“ und schloß seine Eröffnung mit einem Kaiserhoch, wofür der Kongress mit je

60 Stimmen für das Opern- und Schauspielhaus erkrankt wurde.

Und dann begründeten Oberregierungsamt Ciefert namens des Reichstagskanzlers und des Reichsamt des Innern den Kongress und ebenso in seinem eigenen Namen der unheimliche Graf Posadowsky.

Am ersten und drei Tagen die eigentlichen Verhandlungen. Da erste Referat hielt Redakteur Soos von M. Gladbach über „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung“. Nach ihm sprach Abg. Giesberts über die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner. Er beantwortete eine lange Resolution, die forderte, 1. die weitestgehende Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente von ihren Engherzigkeiten, durch die schrammaderischen Bestrebungen in bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter bei Regierung und den Parlamenten entsprechende Zurückweisung finden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter, namentlich des Koalitions- und Vereinsrechtes, und die Umwälzung der sozialen Gesetzgebung den bestmöglichen Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorzurufen müsse und nur geeignet sind, die Klassengegensätze zu verschärfen. Der Kongress empfiehlt als wirksames Mittel zur Abwehr gegen die antisozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. An dieses Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil stürmische Debatte.

Thomas-Berlin vom Deutsch-nationalen Handlungs-Gewerkschaftsverband trat lebhaft für die vollständige Sonntagsruhe ein und hielt eine antijehemische Rede. Einen großen Widerspruch fand die Rede des Delegierten der katholischen Arbeiterverbände Berlins, Oskar Richter. Dieser führte unter stürmischen Unterbrechungen und Schlußrufen zunächst die Hauptproben in die Tasche der Grobkapitalisten. Er trat für die Wahrung des Koalitionsrechtes ein, meinte aber im weiteren Verlaufe, daß die Sozialpolitik für die Arbeiter ein großer Nachteil sei. Wenn Streikarbeiter etwas erreichen wollen, dann müssen sie sich in die Hände Fäustel nach dem Grundlag der letzten sozialistischen Engherzigkeit organisieren. Der Redner schloß damit einen stürmischen Widerspruch, indem er sich nochmals „Unter“ Streikfreiheit aus sprach.

Reichmann-Berlin führte aus, man solle nicht zu sehr gegen das in Leipzig gebildete Kartell der schaffenden Stände vorgehen, man müsse zunächst den praktischen Erfolg abwarten. Abgeordneter Schiffer konnte dem Redner in keiner Weise beistimmen. Der schrammaderische Zentralverband deutscher Industrieller sei doch zur Genüge bekannt. Die Führer des Bundes der Landwirte sind sämtlich für die Einschränkung, womöglich für Abschaffung der Koalitionsfreiheit. Es sei deshalb dringend notwendig, gegen diese Art Kartell entschieden Front zu machen. Es sprach alsdann noch Fräulein Behm-Berlin für den Schutz der Heimarbeiterinnen, Friedberg-Neuentchen für den Schutz der Bauarbeiter, Schnitzler der Gastwirtsgehilfen Max Wolf-Berlin für die Gastwirtsgehilfen.

Es wurde dann mitgeteilt, daß Richter nicht im Namen sämtlicher katholischer Arbeitervereine, sondern nur im Namen des Verbandes der Berliner katholischen Handwerker gesprochen habe. Der Antrag Richters, der Resolution Giesberts hinzuzufügen, auf dem Boden der christlichen Kirche usw., wurde mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts gegen diese Minderheit angenommen. Außerdem wurden noch eine Reihe Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagsruhe, auf den Schutz der Heimarbeiterinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie usw. erstreckten.

Der Landtagsabgeordnete Andre-Simtgart hielt das Referat über die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter. Er beantwortete eine längere Resolution, in der gefordert wird: Der Kongress beschließt: 1. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmengesetzes; 2. den Ausbau des Koalitionsrechtes in dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch

Kamen i. Westf. Zuzug ist fernzubalten, da infolge des Brandes die Arbeitslosigkeit groß ist.

Röln. Für alle Parteien der Schuh- und Schloßfabrikation ist Zuzug fernzubalten.

Leipzig. Zuzug ist vorläufig noch fernzubalten.

Peine i. Hannover. Wegen großem Arbeitsmangel bei der Firma F. W. Giesberts ist der Zuzug fernzubalten. Straußberg. Bei der Firma Paul Lainger sind infolge von Abzügen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen am 20. Novbr. in den Streik getreten. Zuzug ist streng fernzubalten.

Wurgen. Infolge Zahlungseinstellung der Firma Grese & Sauer haben alle Arbeiter und Arbeiterinnen am 8. November die Kündigung erhalten. Wir ersuchen die Kollegen, Wurgen zu melden, weil keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist.

Nach vorstehenden Orten ist der Zuzug streng fernzubalten.

Bulgarien.

Sofia. In der Schuhfabrik „Altra“ in Sofia sind große Differenzen ausgebrochen. Die Firma, welche eine große Anzahl ausländischer Arbeiter aus Deutschland, Österreich, Ungarn usw. beschäftigt, will die Löhne reduzieren und die tägliche Arbeitszeit auf 14-15 Stunden dehnen. Die Firma sucht durch ihre Vertreter im Lande, in Deutschland, Österreich usw. Arbeiter engagieren. Da die Verhältnisse im allgemeinen in garten gegenwärtig sehr schlecht sind, so werden Kollegen dringend ersucht, dorthin zu reisen.

Schwyz.

Mischwil. Ueber die Schuhfabrik Mischwil A. G. ist die Sperre verhängt und wird vor Arbeitsaufnahme dringend gewarnt.

Bern. Sämtliche hiesige Kollegen sind ausgesperrt.

Zuzug. Die Firmen der Verbandsmeister sind gesperrt. Schwyz. Lederarbeiterverband; Zentralverband.

Bei ihnen die christliche Kirche, und leistet Millionen von Proletariatsfamilien durch die verkehrte kapitalistische Produktionsweise der Massenarmut verfallen. Das ist die Voraussetzung des modernen Kapitalismus, welcher mit Hilfe des technischen Fortschritts selbst einen Teil seiner eigenen Klassengenossen dem Ruin überantwortet, sie in die „Reservearmee des Proletariats“ einreißt, ohne ihnen jemals die Möglichkeit zu bieten, wieder emporzukommen. Aber nicht nur in der Menschheit hat er eine Klassenrichtung vorgezeichnet; auch die Tierwelt, die in seinen Flempfen steht, ist damit beglückt. Der kläpprige Droschkenkäufer, der in Wind und Wetter an der Straßenecke steht, ist genau so schlimm daran wie sein Lecker, und der Jughund, der vorm Karren des „Marktjägers“ trottet, lebt ebenso das elende Leben seines Herren. Welcher Unterschied von da bis zum vollständigen Nussapfel, das die „Marmorwände“ des herrschaftlichen Stalles leckt, bis zum verzerrten Schöpfhändler, dem eine „bedeutende Welt“ ein feines Nussbrot bereitet. Der bis zum überflüssigen Reichtum, der nicht weiß, an wen er sich verschwenden soll, verfallt an Ideen, die eine spätere Welt nur als krankhafte „Auswüchse einer degenerierten Gesellschaft“ verstehen wird. Auf seinen Lippen werden Hundstrecken gebettet, mit den feinsten Parfümieren gereinigt, gepudert und von einer „Sundboje“ gestittert. Von Zeit zu Zeit sogar „Sundteeabende“ veranstaltet, um gelegentlich den Stammbaum der vergärteten Klebunge kennen zu lernen. (Schluß folgt.)

Die deutschen Gewerkschaften als eine Finanzmacht.

Die Taten der Gegner der modernen Arbeiterbewegung haben diese schon oft wider Willen gefördert. Vor kurzem hat die Deutsche Bank in Berlin, eines der größten Finanzinstitute, unter Beachtung des Koalitionsrechtes einen ihrer Angestellten entlassen. Der Entlassene ist Mitglied des Allgemeinen Bankbeamtenvereins, einer Organisation also, die der Generalkommission nicht angeschlossen ist. Über das es sich um die Wahrung des Koalitionsrechtes handelt, hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, mit der Deutschen Bank in Unterhandlungen zu treten. Es kam dabei zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften, falls die Deutsche Bank über den Schutz des Koalitionsrechtes keine Garantien gibt, ihre Gelder bei der genannten Bank kündigen und anderswo anlegen werde. Andere Banken sollen sich bereits eifrig um die Kapitalien bemühen. Dieser Vorgang, über dessen unmittelbares Ergebnis noch nichts bekannt geworden ist, hat aber eine erfreuliche Nebenwirkung gezeitigt. Die Tatsache nämlich, daß in der deutschen Arbeiterpresse grundsätzlich zu dem Finanzwesen der Arbeiterbewegung Stellung genommen wird. Es wird dabei insbesondere die Frage erörtern, ob es zweckmäßig und den Interessen der Arbeiter dienlich ist, wenn die sehr respektablen Kapitalsummen der Gewerkschaften den kapitalistischen Großbanken ausgeliefert werden. In einigen Blättern wird diese Frage verneint und demgegenüber die Gründung einer eignen Gewerkschaftsbank und Genossenschaftsbank empfohlen. Ueber diesen zurzeit noch sehr problematischen Gedanken wird noch eingehender zu reden sein. Zur Orientierung über die Bedeutung des deutschen Gewerkschaftswesens dürften vorerst die nachstehenden Ausführungen beitragen, die von einem Eingeweihten in einem süddeutschen Parteiblatt gemacht wurden.

Vorgang, Schritt für Schritt, hat die Entwicklung des gewerkschaftlichen Finanzwesens in Deutschland ihren Lauf genommen. Die ursprünglichen kleinen Kassenbestände, die im Jahre 1900 nicht einmal 6 Millionen ausmachten, waren im Jahre 1910 auf 37,5 Millionen angewachsen und betragen am Schlusse des Vorjahres bereits rund 63 Millionen Mark in den Hauptkassen der deutschen Verbände. Bei solcher Entwicklung darf man, ohne überschwenglichen Hoffnungen Raum zu geben, sich an den Gedanken gewöhnen, daß wir dem Zeitpunkt immer näher rücken, wo auch der Einfluß der Gewerkschaften sich auf dem Finanzmarkt bemerkbar machen wird.

Die Zeiten, wo die Gewerkschaftsvermögen den amtlichen und privaten Sparkassen zur Verwahrung ausgeliefert wurden, sind nahezu endgültig vorbei. Jeder Zweigverein, jede Filiale oder Zelle eines Verbandes von nur einigermaßen Bedeutung ist heute im Besitz eines Bankbuches für den täglichen Giroverkehr. Für größere Summen, die nicht täglich disponabel zu sein brauchen, ist ein Depozitenkonto angelegt, für das man einen erheblich besseren Zinssatz bekommt. Oder man trägt das Geld in die von den Konsumvereinen errichteten Sparkassen, die ebenfalls höhere Zinsen zahlen als die privaten Sparkassen. Andere haben größere Bestände als Anteile in Gewerkschaftsbankern investiert. So arbeitet das Vermögen der deutschen Gewerkschaften heute in einem ganz anderen Sinne als dies noch vor 10 Jahren der Fall war.

Anders liegt die Sache noch bei den Hauptkassen der Verbände. Der ständige Zufluß größerer Beträge bedingt eine sorgfältige Kalkulation unserer Gewerkschaftsfunktionäre, wie das Vermögen am besten unterzubringen ist. Da Wertpapiere und Spekulationen von vornherein als ausgeschlossen gelten mußten, auch Geschäfte mit einzelnen Privatpersonen nicht gut gemacht werden konnten, so blieb man längere Zeit hindurch auf die Verleihung von Grundstücken in Genossenschaften und Parteibetrieben, auf Verleihung von Gewerkschaftsbauern und den Ankauf guter Wertpapiere beschränkt. Als neueres Abflußvermögen für das Vermögen einiger Gewerkschaften kam noch die Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

hinzü, wodurch der Entfallung der Konsumvereinsbewegung neue Hirsquellen und Bahnen eröffnet wurden.

In allerjüngster Zeit sind nun die Gewerkschaften und auch die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine selbst auf dem Finanzmarkt als Geldgeber erschienen. Es ist bekannt geworden, daß die Gemeinde Gröba von der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine Anleihe von 300 000 Mark aufgenommen hat, und die Stadt Hildesheim hat mit dem Bergarbeiterverband eine Anleihe von 600 000 Mark abgeschlossen. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat ebenfalls vor längerer Zeit das Ansuchen einiger westdeutscher Städte berücksichtigt und ihnen auf dem Anleihewege einen Betrag von 7 Millionen Mark bewilligt, damit sie ihre Sanierungs- und Baupläne zur Ausführung bringen können. Derselbe Verband hat einer oberfränkischen Marktgemeinde zu dem Bau einer Schule die Summe von 100 000 Mark vorgestreckt und steht zurzeit noch in Unterhandlung mit einer großen Industriestadt in Süddeutschland, die zur Ausführung von bereits beschlossenen Notstandsarbeiten annähernd 1 Million Mark aufnehmen will.

So fangen die Gewerkschaftsvermögen an, auf dem Finanzmarkt zu wirken. Die großen Kassenbestände fallen nicht mehr den großen Privatbanken in die Hände, die mit dem Gelde gegen einen hohen Zinssatz wuchern, sondern sie gehen direkt in die Hände der Verbraucher, wo sie sich im sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Augen betätigen und beide, Geldgeber und -nehmer, haben ihren Augen davon. Der eine Kontrahent, weil er einen anständigen Zinssatz bekommt, der andere, weil er das Geld immerhin noch zu mäßigem Satze und bedeutend billiger erhalten kann, als von den Privatbanken usw. Wie zutreffend das ist, wurde durch den Fall der oberfränkischen Marktgemeinde bewiesen, der man von Seiten der Banken unter 7 Prozent die benötigte Summe nicht leihen wollte und die sie nun zu einem weit geringeren, aber dennoch als gut zu bezeichnenden Zinssatz erhalten hat.

Die Finanziers, die bisher die Ausbeutung der Kommunen als ihr besonderes Vorrecht betrachtet haben, sind über das Auftreten der Gewerkschaften auf dem Finanzmarkt natürlich stark erbost. Sie sehen für die Zukunft ihren Profit schmälert, und wulsthaudend rüffelt die bürgerliche Kapitalistenpresse die Kommunen, die sich bisher mit der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und den Gewerkschaften auf Geldgeschäfte eingelassen haben. Forderungen nach einiger Zeit ein steriles Kläglich, die Regierung möge der Kommunalgemeinde die Annahme der 100 000 Mark von Deutschen Bauarbeiterverband einfach verbieten. Das würde natürlich nichts weiteres bedeuten, als daß, wenn die Ausführung des Schulbaues nicht unterbleiben sollte, die kleine Kommunalgemeinde gezwungen werden sollte, sich den zinswuchernden Privatkapitalisten auszuliefern. So verstehen diese staatsbehaltenden Elemente die Förderung der Kulturarbeit.

Daß die Gewerkschaften ihre eigentlichen Aufgaben durch die Beteiligung an solchen Finanzgeschäften nicht vernachlässigen dürfen, muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Namentlich diejenigen Gewerkschaften, die mit dem Ablauf ihrer Tarifverträge zu bestimmten Terminen zu rechnen haben, können solche Geschäfte nur kurzfristig und bis zu den für sie kritischen Terminen abschließen. Das ist bisher auch geschehen.

Ein Industrieller gegen den „Arbeitswilligenschuh“.

In der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht der Direktor der Zeitwerke in Jena, Dr. Fr. Schomernus, einen längeren Artikel, in dem er gegen das neuerdings wieder von den deutschen Scharfmachern geforderte Zuchttaugelgesetz zum „Schuhe der Arbeitswilligen“ oder vielmehr zur völligen Knebelung der Arbeiterorganisationen mit allem Nachdruck Stellung nimmt. Da der Verfasser dieses Artikels selbst Direktor einer großen Fabrik ist, wird man ihn kaum ernstlich im Verdacht haben, daß er „unternehmerfeindlich“ gesinnt oder einem wirklich nötigen „Arbeitswilligenschuh“ abhold sei.

Der wesentlichste Teil der Ausführungen des Fabrikdirektors Dr. Fr. Schomernus lautet folgendermaßen:

„Vor nicht so langer Zeit las man in der deutschen Tagespresse im Anschluß an eine sozialistische Arbeit eines hervorragenden Juristen bewegliche Klagen über die hohe Zahl der gerichtlich bestrittenen Menschen in Deutschland und glaubte gar eine „Strafwa“ feststellen zu können. Immer weniger Deutschen gelinge es, an dem jactanten Befehle von Paragraphen mit anhängendem Strafregister unbehellig vorbeizukommen. Daran knüpfen sich vielfältige Erinnerungen insbesondere auch des Prof. v. Hift, die Wirkung der Strafe nicht durch ihre allzuhäufige Anwendung abzuschwächen. Denn wenn man alles und jedes vor den Strafrichter bringe und schließlich fast jeder Deutsche mit diesem Befehlsschlag mache, würde das Dium, bestraft zu sein, immer weniger empfinden. Das aber sei eine gesellschaftliche Gefahr.“

So etwa lesen wir es damals in den deutschen Zeitungen fast aller Richtungen. Daran wird man erinnert, wenn heute besessene Geschäftsführer von Arbeitgeber- und Syndikatsverbänden Reden halten und Artikel lancieren, in denen behauptet wird, in Deutschland gebe es nicht zu viel, sondern zu wenig Strafgelbe; zu viele Straftaten würden ungenügend geahndet oder blieben völlig ohne Sühne. Insbesondere müsse ein Teil der Arbeiterbevölkerung und zwar bei den Gewerkschaften organisierte durch verstärkte Strafandrohungen gezügelt werden, um den anderen Teil, der sich den Gewerkschaften fernhalte, zu schützen. Man hat entdeckt, daß der Gesetzgeber den sogenannten Arbeitswilligen nicht genügend schütze, und durch geschickte Stimmungsmache

erreicht, daß die Öffentlichkeit, wenn auch widerwillig, bereits beginnt, sich mit der Frage zu beschäftigen und zum Teil zu befreunden. Von da bis zur gesetzgeberischen Aktion des Arbeitswilligenschuhes scheint es nicht mehr allseits zu sein, wenn nicht rechtzeitig von allen Freunden einer friedlichen Reform das Unnütze und Gefährliche dieser Forderung dargelegt wird.

„Liegen wirklich genügend Gründe vor, noch mehr unserer Volksgenossen noch länger in die Gefängnisse zu bringen? Zunächst ist es eine auffällige Tatsache, daß nicht die Arbeiter, die abseits von den Gewerkschaften stehen und deren Druck ausgeübt sein sollen, nach verstärktem staatlichen Schutz rufen; im Gegenteil, sowohl die christlichen Gewerkschaften wie die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und die liberalen Arbeiter- und Angestelltenvereine protestieren lebhaft gegen die vorgeschlagene besondere Beschützung durch Staat und Polizei; sie wollen nichts davon wissen und behaupten, daß die bestehenden Gesetze sie ausreichend schützen und sind gewillt, gegen eventuellen Druck und Zwang, der außerhalb des strafrechtlichen Schutzes liegt, sich aus eigener Kraft selbst zu wehren. Die Arbeiter im Streit sind vielmehr die Beauftragten der Unternehmerverbände, die Vertreter von Industriellen, die selbst vielfach organisiert sind, den Wert des beruflichen Zusammenschlusses kennen und nicht gar zu zögerlich mit denen umzugehen pflegen, die ein Duffieberden dem Gebundensein vorziehen. Sie, die die geschlossene Macht des Unternehmertums gegen die zusammengefallene Arbeiterschaft zu führen und zu lenken haben, sie, die die wenigen Unabhängigen gegen die Masse der Abhängigen vertreten, sie, die Mächtigen sind es, die nach weiteren Fellen und Striden rufen, in denen sie die kleinen Leute bei ihrem organisierten Vorwärtstreiben fangen wollen. Sollte diese Tatsache die Öffentlichkeit nicht von vornherein stuhig machen und zur Vorsicht mahnen? Weshalb wird einseitig nur der mehrheitlich nicht organisierten Arbeiter, weshalb nicht auch der Schuh der unorganisierten, nicht kartellierten Unternehmer, der unorganisierten Ärzte, Zahnärzte usw. verlangt? Weshalb wird nicht der Schuh derjenigen Arbeitswilligen gefordert, die durch schwarze Listen und gegenseitige Verleumdung der Arbeitgeber von den Werken, der Arbeit und Brot fern gehalten werden? Wollen wir öffentliche Meinung und Gesetzgebung auf das Gebot einiger Interessierten bereinfachen und sich einreden lassen, daß einzig und allein gegen die Abhängigkeit etwas zu unternehmen nötig sei? Will man sich mit einer Klassenpolitik überzumpeln lassen, die von neuem die einzelnen Volksschichten gegeneinander aufbringt und den langsam beginnenden Gesundungsprozess in unserem Volke auf das gefährlichste stört?“

Arbeitslos.

Eine feilkostmässige Skizze von D. Brüssel.

Als ich letzten Frant war und das Zimmer bauen mußte, plagte mich oftmals die Langeweile, und ich sah dann manchen Tag stundenlang am Fenster, um auf die Straße zu schauen. Die sonst so nähere Straße bietet bei längerem Beschauen viel des Interessanten. Die Einbildungskraft läßt aus dem kleinsten Vorkommnis Bilder entstehen, die dann so lebendig wirken, als wenn sie sich vor dem Auge wirklich abspielen. Aber auch wirkliche Begebenheiten nehmen bei solch anschaulichen Betrachtungen Formen an, die man sonst nicht finden würde. Wieder einmal sah ich am Fenster und blickte hinaus auf die Straße. Dezemberstürme heulen, schwere Wolken jagten am Himmel dahin. Fröstelnd eilten die Menschen vorbei. Kein Kind war auf der Straße zu sehen. Alles war bei diesem Wetter den Aufentsalt im warmen Zimmer vor. Das Hinausgehen hätte mir die Langeweile wohl noch fühlbarer gemacht, wenn nicht von meinem Fenster geraderüber eine kleine Kistenfabrik gemauert wäre, welche immer wieder die Anregung zum Schauen bot. Die Fabrik selbst bestand aus einem größeren Bretterchuppen, aus dem man ohne Unterbrechung die freischwebenden Löhne einer Kreisfäge, sowie das monotone Hämmern der Kistenbauer vernehmen konnte. Vor dem Schuppen befand sich ein Lagerplatz, wo lange weiße Bretter je nach Größe und Größe zu verschiedenen Haufen sortiert, aufgestapelt waren. An Arbeitspersonal waren außer dem mitarbeitenden Besitzer noch 3 junge Burchen von 16—19 Jahren da. Als ich so dem Leben dort zusah, fiel mein Blick auf einen anderen, mir zufällig bekannten jungen Burchen, der langsam die Straße herauf geschlendert kam. Während ich noch überlegte, wo er wohl hier suchen möge, blieb er vor dem Tore der Kistenfabrik stehen. Zögernd durchschritt er daselbst, ging über den Lagerplatz und verstand gleich darauf in der Tür des Arbeitschuppens. Ich fand zunächst keine Erklärung, was ihn wohl herbeigeführt haben könnte, zuletzt dachte ich, daß er wahrscheinlich auf Arbeitsfunde sei. Da wurde mein Gedanke durch ein Klopfen an der Tür von ihm abgelent. Es klopfte bereits das zweite Mal, als ich endlich die Tür öffnete. Vor mir stand ein älterer Mann mit hartem blauen Gesicht. Auf dem Kopfe trug er eine längst abgetragenen schwarzen Hüthut, und dem schädigen Anzug nach zu schließen, glaubte ich einen Bettler vor mir zu haben. Ich war aber im Irrtum, denn jetzt zog er aus der Tasche ein Paket und fragte mich demütiger Stimme, woher er mir ein Kuvert entgegenstellen, ob ich ihm nicht ein solches mit Weihnachtskarten abkaufen wolle, alle 5 Stück nur 16 Pf.; er sei schon vier Wochen arbeitslos und suche deshalb mit dem Verkauf dieser Karten sein Brot zu verdienen. (Nichtiger vor dem Beruhungen zu beschützen“ dachte ich.) Da er in mir ein mitleidende Seele fand, kaufte ich ihm auch ein Kuvert ab. Nachdem er sich bedankt, drehte er mir den Rücken und stampfte eine Treppe höher hinauf, um auch dort das Gefändnis seines Glendes zu wiederholen; und die Karten 5 Stück zu 16 Pf. anzubieten, schließlich mit dem

Erfolge, daß seine Augen nicht einmal geneigtes Ohr finden. Die Not macht die Menschen zum Besten, sie zieht alles Erbare, alle Persönlichkeitsmerkmale in den Sumpf des Höllischen, um sie in demselben festzuhalten.

Diese Gedanken beseligen mich, als ich die Tür wieder schloß, und mich auf meinen Platz zurückbegab. Kaum hatte ich mich gesetzt, da trat drüben mein junger Freund aus der Tür. Er hatte ein ausgeglichenes Buch in der Hand, und hielt, indem er langsam über den Lagerplatz schritt, den Blick trampfhaft auf dasselbe gerichtet. Mchymals hielt er seine langsam Schritte an, um genauer sehen zu können. Kurz vorm Ausgangstore hantierte er 2 der dort beschäftigten jungen Arbeiter. Als sie ihn kommen sahen, lachten sie sich gegenseitig an; einer rannte fort, brachte aus einem Schuppen einen alten Arbeitsrock und hielt denselben meinem jungen Freund entgegen. Der wies ihn von sich und schickte sich an, weiter zu gehen. Aber unter Lachen und höhnischen Zurufen, suchte man ihm das alte Kleidungsstück auszufrängen, aber ohne Erfolg. Das Gebahren dieser jungen Burlesken schien ihm sehr nahe zu gehen, denn mit finsternem Blick sah er sie aus den umflorten Augen an, und ich sah, daß ihm das Weinen sehr nahe war. Ich konnte mir auch den Zusammenhang erklären. Das Buch, was er noch immer in der Hand hielt, war sein Arbeitsbuch; er hatte hier gearbeitet, war aber wieder entlassen worden und war nun heute gekommen, um seine Papiere zu abzuholen. Schwankenden Schrittes mit tief auf die Brust gesenktem Haupte, durchschritt er das Tor und begab sich, immer noch begleitet von den höhnischen Zurufen seiner früheren Arbeitskollegen auf die Straße, und war bald meinen Blicken entchwunden. Der Gedanke, arbeitslos zu sein, ging ihm sehr nahe; war er doch auch armer Leute Kind, wo die Eltern auf den Verdienst des schulentlassenen Sohnes ebenso rechneten, wie auf den des Vaters, war er sich doch bewußt, daß es schwer halten würde, wieder Arbeit zu erhalten. Was ihm aber noch Schmerz bereite, war das Verhalten der früheren Arbeitskollegen. Statt ihn in seinem Schmerz aufzurichten, ihm in Tagen der Not ein guter Freund zu sein, höhnt man ihn noch ob seines Schicksals, und belächelt noch seinen seelischen Schmerz, helfen mit dazu beitragen, das durch die Herbeilehrung des trassierten Egoismus in dem noch an ideale Tugenden der Menschlichkeit glaubenden jungen Menschen alles Gute zertrütert wird, wie ein schädliches Parasit. Und was ich hier von diesen beiden jungen Burlesken sah, damit findet man in erschreckenden Auswüchsen die ganze menschliche Gesellschaft durchsetzt, und diese Auswüchse nehmen an Umfang zu, in dem Maße, in dem die Brutalität der Ausbeutungsformen des Kapitalismus zunimmt. Der Kapitalismus ist es, welcher die Zerlegung der gesellschaftlichen Zustände herbeiführt, welcher die Widersinnigkeiten der ökonomischen Zustände auf die Spitze treibt und welcher nicht zuletzt alle ethischen Moragrundzüge vernichtet. Diese Erkenntnis bewahrt mich dann auch davor, die Handlungsweise der beiden jungen Burlesken drüben mit Verachtung zu strafen, sondern ich konnte sie nur als ein Opfer der Verhältnisse bedauern.

Aus unserem Beruf.

„Schuhmarkt“-Scherz. Das Fabrikantenorgan druckt einen Teil der Bestimmungen der Fabrikordnung der Basler Schuhfabrik des Schweizerischen Konsumverbandes aus dem Fachblatt nach und ebenso die Bemerkung, daß man bei der Aufstellung der Normen Rücksicht auf die privatkapitalistische Konkurrenz nehmen mußte. Der „Schuhmarkt“ findet diese Rücksichtnahmen unbedeutend, die von den Arbeitern auch den Schuhfabrikanten gegenüber nicht gelbt wurde und meint, daß die Basler Fabrik die sozialdemokratischen Forderungen restlos in die Praxis hätte übertragen sollen. — Wirklich ein netter Scherz. Die Genossenschafts-Schuhfabrik in Basel steht mit ihren Arbeits- und Lohnverhältnissen an der Spitze der schweizerischen Schuhfabriken, und sie wird damit nach und nach weiter gehen müssen. Ohne jede Rücksichtnahme auf die privatkapitalistische Konkurrenz kann dabei — leider — nicht verfahren werden, denn wenn die Genossenschafts-Schuhfabrik von den Konsumvereinen, die ihre Abnehmer sind, höhere Preise fordert als die Konkurrenz, so kaufen sie von dieser, da man sie nicht zur Abnahme von Schuhwaren aus der Genossenschafts-Schuhfabrik zwingen kann. Diese Haltung der Konsumvereine wird wieder bedingt durch die Stellung ihrer Mitglieder, die in der Genossenschaft eher billiger als teurer, denn in Privatgeschäft kaufen wollen. — Die privaten Schuhfabrikanten sind aber gar nicht so hilflos, als der „Schuhmarkt“ sie erscheinen lassen möchte. Sie mögen im ganzen Reiche mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Tarifverträge abschließen und dadurch eine gewisse Gleichwertigkeit der Produktionsbedingungen schaffen, dann können sie bezüglich der Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse den Forderungen der Arbeiter weit entgegen kommen und eine Genossenschaftsfabrik noch etwas mehr. Wer aber die Tarifverträge in der Schuhindustrie mit einer großen Portion von Einsichtlosigkeit und Unwissenheit bekämpft, das ist bekanntlich gerade das Verbandsorgan der deutschen Schuhfabrikanten, der Frankfurter „Schuhmarkt“, wie er jetzt wieder gegenüber der Tarifbewegung in der Münchener Schuhindustrie beweist. Erfreulicherweise lassen sich die Münchener Schuhfabrikanten nicht von dem Frankfurter Blatte verzeihen, sondern haben bereits Zugeständnisse zur Erneuerung des Tarifvertrages gemacht, die so voraussichtlich zustande kommen wird.

Die Prägelfabrik im Schuhmachergewerbe. Eine fast ungläubliche Geschichte berichtet die Frankfurter „Volksstimme“ aus einer dortigen Gewerbegerichtsitzung in folgender Form: „Ein wahrhaft patriarchalisches Verhältnis besteht zwischen dem Schuhmachermeister Weder und seinen Gehilfen Prandsmündel. Letzterer war bereits zwei Jahre bei 9 Mk.

Wochenlohn und freier Station bei Weder beschäftigt. Außerdem wurden ihm auch die Steuern bezahlt. Für jeden blauen Montag, den der Gefelle regelrecht machte, erhielt er seine Kiebe vom Meister, trotzdem der junge Gehilfe ein starker Mann ist. Prandsmündel war selbst der Meinung, daß ihm in diesen Fällen Schläge gehörten. Als einmal der Montag nicht ausreichte, wurde der Dienstag noch als „Ruhetag“ benutzt. Die Folge war, daß Prandsmündel entlassen wurde, der nun 4 Mk. rückständigen Lohn einlangt. Es kam ein Vergleich zustande, nach dem er weitere 14 Tage arbeitet und ihm dann die 4 Mk. rückständigen Lohn ausbezahlt werden.“ Und das im 20. Jahrhundert!

Eine neue kapitalistische Genossenschafts- (Altien-) Schuhfabrik. In Erfurt ist die Schuhfabrikfirma Metzler in eine Genossenschaft m. b. H. mit 110000 Mk. Stammkapital umgewandelt worden. Geschäftsführer ist der bisherige Profiteur der alten Firma, Karl Dreßel.

Geld wie Hen. Einen glänzenden Geschäftsabschluss hat die Altien-Schuhfabrik vorm. Hess in Erfurt in ihrem ersten Geschäftsjahre 1912/13 gemacht. Sie erzielte einen Reingewinn von nicht weniger als 761 408 Mk., worin die Aktionäre 540 000 Mk. als eine Dividende von 12% Vorstand und Aufsichtsrat 26 000 Mk. als Sanieme (Gewinnanteil) erhielten. Der Beamten-Unterstützungsfonds bekam 8000 Mk., auf neue Rechnung wurden 17 408 Mk. vorgetragen und die Arbeiter erhielten die Erlaubnis, sich darüber zu freuen, daß ihre fleißige Arbeit für das Kapital so schöne und reiche Früchte getragen hat. — Ueber die Ausfichten sagt der Geschäftsbericht: „Der Auftragsbestand für Herbst 1913 ist wiederum größer als im vergangenen Jahre, so daß wir, wenn auch die abnorm hohen Lederpreise nicht ohne Einfluß auf das Gewinnergebnis sind, für das kommende Geschäftsjahr, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, ein befriedigendes Resultat erwarten.“ — Wenn alles gut geht und auch die Arbeiter nicht begehrt werden, liegen vielleicht 1914 auf dem Weihnachtstisch der Aktionäre 14% (630 000 Mk.) Dividenden. „Der Herr gibt den Seinen im Schutze“.

In Konturs geraten ist die Schuhfabrikfirma Herzog und Cie. (Zahaber Tetter) in Engstadt. Die Fabrik beschäftigt 20 bis 25 Arbeiter.

Eine Beleuchtung des Schuhmacherehendens. Die „Börsische Gewerbe- und Handwerkerzeitung“ schreibt: „Die Arbeitskraft eines Mannes ist begrenzt. Er opfert lange Lehr- und Gesellenjahre, bis er tüchtig im Fache war. Er wird alt, wo er nicht mehr wirken und streiten kann. Er soll einestells entschädigt werden für das, was er in langer Reihe von Jahren gelernt hat und er soll auch vorsorgen können für die Tage der Erwerbslosigkeit, fürs Alter. Ebenso soll er für seine Familie vorsorgen. Wie jeder andere Gewerbetreibende, so soll doch auch der Handwerker, und hier wieder der Schuhmacher für die Wechselfälle des Lebens, Unglücksfälle, Krankheit, Vereinfachung und Alter vorsorgen, ein, wenn auch kleines Vermögen an sammeln. Das ist ein durchaus billiges Verlangen und kein Mensch wird ihm dieses Recht streitig machen. Niemand weiß ihm Dank, daß er in der Zeit seiner besten Arbeitskraft billig oder umsonst gearbeitet hat. Niemand sagt vom alten Schuhmacher: Er hat uns billig bedient, folglich müssen wir ihm jetzt eine Altersversorgung geben, sondern er fällt nur dem Spott und der Schande anheim, wenn er die Mühseligkeit anderer oder der Gemeinden in Anspruch nehmen muß.“ — Das schreibt das Blatt über die Lage des kleinen Schuhmachermeysters und die Notwendigkeit der Preisaufschläge für Schuhmacherarbeiten. Seine Ausführungen treffen aber noch mehr zu auf die unbefriedigende Lage des Schuhmachergehilfen — und natürlich auch des Fabrik-Schuhmachers — und für die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen.

Dally in Frankreich. Die bekannte schweizerische Schuhfabrik Altien-Gesellschaft vorm. Dally hat, wie berichtet wird, die Schuhfabrik von Comtat und Cie. in Lyon gekauft, die im Februar 1914 übernommen und bedeutend erweitert werden soll. Zur Übernahme und Fortführung soll eine besondere Gesellschaft gebildet werden. „Mein Vaterland muß größer sein.“

Mitteilungen.

Augsburg. Wenige Wochen sind verflossen und wir sind leider gezwungen, wiederum die Spalten unserer Fachpresse in Anspruch zu nehmen. Den Lesern unseres Fachblattes wird ja der Artikel über die Betriebskrankentassenwahl in der Augsb. Schuhfabrik W. Westfeld, diesen Musterbetrieb, noch in Erinnerung sein. Da nun die Firma, insbesondere aber eine Anzahl dort beschäftigter Aufseher, es nicht mit ansehen kann, in ihrem Betrieb tüchtige gute Arbeitskräfte zu haben, die erfreulicher Weise organisiert sind, so ist man nun daran gegangen, einestells die Leute zu veranlassen, aus der Organisation auszutreten, andererseits die Kollegen und Kolleginnen, sobald sie das Angebot haben, einige Tage oder Wochen krank zu sein, zu entlassen. Jetzt geht man noch rigoros vor, man entläßt zur Zeit alle gewählten Krankentassenvertreter und Ersatzleute, soweit selbe krank gewesen waren und sind, um die Spitze des Zentralverbandes in einiger Zeit illusorisch zu machen. Bis jetzt hat man von den gewählten 13 nicht weniger als 4 infolge Krankheits entlassen, darunter 2 Kolleginnen, die schon Jahre im Betrieb tätig waren. Der letzte Fall war ein ganz gemeiner zu nennen. Die betreffende Kollegin war nur 2 Tage zu Haus, hat auch ihr Wegbleiben entschuldigt, als sie jedoch wieder zur Arbeit kam, eröffnete ihr der Aufseher, sie könne ihre Papiere haben, Arbeit habe er nicht mehr für sie, (trotzdem jeden Tag 5 bis 6 andere entgefällt werden). Ein Verlangen dieser Arbeiterin, mit Herrn Westfelds Rücksprache zu nehmen, wurde ebenfalls nicht genehmigt, (wahrscheinlich

um diesen nicht auch noch in Verlegenheit zu bringen). An die Direktion aber stellen wir hier die Anfrage, wird die Rücksichtslosigkeit auch bei den gelben Arbeitern so gehandhabt? Von den gewählten dieser Farbe ist bis jetzt noch keiner entlassen worden, obwohl auch ziemlich Patienten vorhanden sind. Wir wünschen den Gelben dies durchaus nicht, wir verurteilen diese Handlung aufs schärfste, verlangen vielmehr, daß auch mit den frei organisierten Arbeitern nicht in dieser brutalen Weise verfahren wird, will der Betrieb sein Ansehen nicht noch mehr preisgeben, als dies schon geschehen ist, so handle man menschlicher. Den Kollegen im Reiche aber soll dies zur Warnung dienen, Augsburg aufzusuchen, soweit Industriearbeiter in Frage kommen. Sollten diese Zeilen noch nicht dazu beitragen, das Verhältnis dort zu bessern, so werden wir uns einmal an die organisierten Warenabnehmer wenden. Wir hoffen aber, daß schließlich dort doch noch die Vernunft siegen wird.

Burgundstadt. In einem in letzter Zeit erschienenen Artikel des Fachblattes wurde darauf hingewiesen, daß sich die hiesige Schuhindustrie in den letzten Jahren außerordentlich gut entwickelt hat. Auch von unserer Zastelle kann dies gesagt werden, ganz besonders vom Jahre 1913, wo wir unsere Mitgliederzahl erfreulicherweise von 200 auf über 300 erhöhen konnten. Dieser erfreulichen Ausbreitung unserer Organisation muß eine ebenso schnelle Vertiefung folgen. Bezüglich der letzteren ist es jedoch dringend notwendig, daß unsere Kollegen und Kolleginnen es sich mehr als bisher zu einer Ehrenpflicht machen, unsere Versammlungen zahlreicher und pünktlicher als bisher zu besuchen. Vollzähligen und pünktlichen Besuch erwarten wir ganz besonders bezüglich unserer am Sonntag, den 11. Januar 1914, nach 2 Uhr im Weitz Müller'schen Saale stattfindenden Generalversammlung, in der unser Verbandsvorsitzender Kollege S. Simon, Nürnberg einen sehr wichtigen und interessanten Vortrag halten wird. Ganz besonders richten wir hier den dringenden Appell an die gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzer, an dieser wichtigen Versammlung unter allen Umständen vollzählig und pünktlich teilzunehmen. Der erfreuliche Fortschritt, denn wir im letzten Jahre zu verzeichnen haben, muß jeden mit neuer Begeisterung erfüllen und Veranlassung geben, den Verbandsangelegenheiten ein regeres Interesse entgegen zu bringen. Möge jedes Verbandsmitglied dessen eingedenk sein, daß jeder Fortschritt in bezug auf die Mitgliederzahl sowie in bezug auf Verbesserung unserer Lage wesentlich vom Besuch unserer Mitglieder-Versammlungen abhängt. Die Parole aller Verbandskollegen und -Kolleginnen ohne Unterschied kann deshalb nur lauten: Auf zur Generalversammlung! Die Tagesordnung dieser Versammlung ist eine äußerst wichtige und haben sich Nichtanwesende den Beschlüssen zu fügen. Wer also trotzallem dieser Versammlung ohne zwingenden Grund fernbleibt, hat unliebsame Folgen seiner eigenen Interesselosigkeit aufzuschreiben. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint also vollzählig und insbesondere pünktlich in dieser Versammlung!

Burgundstadt. Bei den Wahlen zu den hiesigen drei Betriebskrankentassen entfielen auf die Botschaftlichen des Zentralverbandes der Schuhmacher insgesamt 200 Stimmen und 12 Vertreter und auf den Nicht-Botschaftlichen, Gelbe und vergl. 98 Stimmen und 6 Vertreter. Für die letzteren haben auch die Meister und das Kontorpersonal gestimmt. Wir können also in anbetragt dessen, daß 3/4 der Arbeiterkraft für unsere Listen gestimmt haben, mit diesem Resultat sehr zufrieden sein.

Söbau i. S. Zweck dieser Zeilen soll sein, um den Kollegen im Reiche ein Bild zu geben, wie es bei uns aussieht. Hier besteht die Firma Gebrüder Medon. Wer in diesem Betrieb schon gearbeitet hat, wird sich davon überzeugen haben, daß der Unterschied zwischen einer Strafanzahl kein großer ist. Die Tore und Türen werden nach Klingelzeichen sofort geschlossen. Dem Reuling kann man nur noch sagen, laß alle Hoffnung draußen. Die Fabrikordnung gleicht einer Strafordnung. Sprechen während der Arbeitszeit ist verboten. Unorganisierte dürfen selbst freundlich und im Scherz nicht angesprochen werden. Jeder Arbeiter muß eine Kautlon von 5 Mk. sich vom Lohn abziehen lassen, welche für etwaige Schäden an der Arbeit verwendet wird. Kollegen von auswärts, welche an eine etwas freiere Bewegung gewöhnt sind, haben trübe Erfahrungen gemacht. Bei Zusammenstößen mit der Leitung, welche bei dem scharfen Vorgehen unabweislich sind, wird dann gleich nach der Polgel gellingselt. Bei dem letzten Streik wurden einige neue Maschinen aufgestellt, es blieben deshalb einige Kollegen aus dem Streifenverloster. Bei den Verhandlungen gab Herr Medon sein Ehrenwort dahin ab, daß alle wieder eingestellt werden, ehe Fremde herangezogen würden. Nach dem Streik traten einige aus dem Verbands aus, um bei der Firma besser in Günst zu stehen, dieselben glaubten den Wägchen von Lebensstellung usw., welche die Firma und ihre Meister ausstreuten, ja sie taten ein übriges, und stellten die Kollegen, welche sich für dieselben gepoffert, als Lügner und Betrüger hin. Hier kann man den Spruch anwenden: „Alle Schuld rächt sich auf Erden“. Das Schicksal hat sie schon ereilt. Als Weihnachtsgeschenk bekamen 15 Arbeiter die Entlassung, meistens waren es verheiratete, welche 10, 12, ja 20 Jahre bei der Firma in Arbeit gestanden hatten, darunter waren auch jene, welche aus dem Verbands austraten und jetzt mit den Jüngern ohne jede Unterstützung sind. Das schloß Verhalten hat sich bitter gerächt. Heute nun wird mancher den Fehler bereuen. Dieser Fall mag anbern zur Lehre dienen. Ein organisierter Kollege kann die Arbeitslosigkeit nicht aufpassen, das wissen auch wir, tritt sie dennoch ein, braucht er doch nicht mit seinen Kindern zu hungern. Der

